

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

11.2.1928 (No. 36)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 553
und 554
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshochschulleitung, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Beratung des Reichswehretats vor dem Reichstag

In seinen weiteren Ausführungen (siehe „Karlsruh. Ztg.“ vom 10. 2.) erklärte Reichswehrminister Dr. Götter: Ein Einverständnis der Reichswehr in das parteipolitische Getriebe ist unmöglich. In der Bewaffnung sind wir durch den Versailler Vertrag gefesselt. Die Versorgung der Soldaten macht mir die allergrößte Sorge. Wir hoffen, daß die Selbstversuche mehr und mehr verschwinden wird. Wir wollen uns absofort loyal dem Staate und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen. Ich werde dafür sorgen, daß unsere Arbeit in engstem Einvernehmen mit dem Außenminister stattfindet. Wenn die Rheinbesatzungsangelegenheit den Eindruck erweckt, als ob wir in finanzieller und wirtschaftspolitischen Dingen einen Ehrgeiz hätten, so ist das eine abwegige Anschauung. Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin“ leide ich nicht. Ich kann wirklich hinter diesem Besuch nichts besonderes finden, daß in allen Dingen angemessen dabei vorgegangen worden ist, will ich nicht erörtern.

Die Meier Schiebung ist eine ganz gemeine, gewöhnliche, übliche Schiebung, die vor den Staatsanwalt gehört. Sollte irgend ein Angehöriger der Wehrmacht daran beteiligt sein, so liegt er in hohem Maße aus der Wehrmacht heraus. Bei der Klagenabteilung in München ist nach den Bestimmungen des Klagenetatsverfahren. Die Süddeutsche Korrespondenz endlich hat niemals Mittel vom Reichswehrministerium bekommen.

Der Reichswehrminister gab dann eine längere Erklärung in der Rheinbesatzungsangelegenheit ab. Die unter dem 7. Dezember 1927 verhängte Verabschiedung des Kapitän Röhmann mit Wirkung zum Ende März 1928 finde ihre Begründung darin, daß Röhmann in mehreren Fällen seine dienstlichen Befugnisse in einer, die fiskalischen Interessen des Reiches schwer schädigenden Weise überschritten hat.

In der Aussprache erklärte Abg. Künzler (Soz.), solange im Offizierskorps ein so starker Prozentsatz dem Adel reserviert bleibe, werde die Reichswehr niemals ein Volkswesen werden. Es sei verfassungswidrig, wenn das Reichswehrministerium grundsätzlich auf Befehl von republikanischer Seite keinen Beschluß gebe. Der nächste Wehretat würde 600 Millionen Reichsmark nicht überschreiten. Die Sozialdemokraten werden Streichungsanträge einbringen, die sich auf rund 90 Millionen Reichsmark belaufen.

Abg. v. d. Scharf (Dnt.), hielt den Wehretat nicht für zu hoch. Die Reichswehr könne sich mangels Mittel nicht einmal die Munition beschaffen, die ihr der Versailler Vertrag zulasse. An unserem Wehretat könne unmöglich etwas abgetrieben werden, wenn man bedenke, daß der deutsche Wehretat von allen Ländern der Welt den geringsten Prozentsatz des Gesamtetat ausmache. Für die Versorgung der abgedienten Reichswehresoldaten und Offiziere müsse mehr als bisher geschehen. Wir wünschen für die Wehretat bei der Beschaffung keine Vorteile, aber selbstverständlich auch keine Benachteiligung. Man könne nicht verlangen, daß die alten Offiziere auf einmal überzeugte Republikaner werden, aber das eine sei sicher: Jeder Offizier halte es mit seiner Ehre unvereinbar, den auf die Verfassung geleisteten Eid zu brechen.

Abg. Brünninghaus (Dnt.), forderte gleichfalls für die Unterbringung der Versorgungsberechtigten weitere Verbesserungen, obwohl zugegeben werden müsse, daß es in letzter Zeit damit besser geworden sei. Niemand könne behaupten, daß die Reichswehr die ihr gestellten militärischen Aufgaben nicht restlos erfülle, und damit sei der sachliche Kritik jeder Boden entzogen. Der Wehretat wolle nicht verlangen, daß die alten Offiziere auf einmal überzeugte Republikaner werden, aber das eine sei sicher: Jeder Offizier halte es mit seiner Ehre unvereinbar, den auf die Verfassung geleisteten Eid zu brechen.

Aufwertung für die mediatisierten Fürsten

Stuttgart, 11. Febr. Im Landtage erklärte heute der Finanzminister, daß die früheren territorialen Verhältnisse einer 100prozentigen Aufwertung verlangten. Die württembergische Regierung sei dieser Forderung entgegengetreten und habe das Bestreben, keinesfalls eine höhere Aufwertung zu zahlen, als bei der allgemeinen Aufwertung bezahlt wurde. Die Regierung suche einen Weg, der sie nicht verpflichte, eine höhere Aufwertung zu zahlen, als mit dem allgemeinen Volksempfinden vereinbar sei. Die Presseberichte über die Stellung der württembergischen Regierung im Reichsrat zu dieser Frage könne nur durch Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gelangt sein.

Beratsammlungsverbot im besetzten Gebiet

Mannheim, 11. Febr. Die Interalliierte Rheinland-Kommission hat sämtliche für heute und die folgenden Tage geplanten Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in dem besetzten Gebiet verboten.

Frauenkandidaturen für die Wahlen. Der Bund deutscher Frauenvereine, dem 78 Verbände mit insgesamt 1 1/2 Millionen Mitgliedern angehören, hat jetzt in Erledigung eines Beschlusses seiner letzten Generalversammlung an die Parteileitungen der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei insgesamt 89 Nennungen von Frauen weitergegeben, die durch ihre bisherige Arbeit und vielfach auch parlamentarische Erfahrung durchaus geeignet erscheinen, in den neu zu bildenden Parlamenten mitzuarbeiten. Alle genannten hatten ausdrücklich ihre Bereitschaft dazu erklärt. Die Liste war entstanden auf Grund einer Umfrage, bei den dem Bunde angeschlossenen Verbänden.

Letzte Nachrichten

Vor der Entscheidung über die Reichstagsauflösung

M. Berlin, 11. Febr. (Priv.-Tel.) Die innerpolitische Lage hat sich durch die gestrigen interfraktionellen Besprechungen in keiner Weise geändert, wahrscheinlich auch nicht durch den Brief des Reichspräsidenten an den Kanzler. Das einzige ist eine gewisse Berstimmung beim Zentrum, weil Herr von Hindenburg auf die Erledigung des Schulgesetzes keinen Wert zu legen scheint. Es ist aber auch falsch, wenn ein Berliner Morgenblatt behauptet, die Veranlassung zu diesem Brief sei von dem volksparteilichen Führer Dr. Schulz gegeben worden. Die Veranlassung dürfte wo anders liegen. Festzustellen ist, daß der morgen zusammen tretende Ausschuss der Deutschen Volkspartei jede Bedeutung verloren hat. Im Parlament glaubt heute niemand mehr an die Verabschiedung des Gesetzes, und wenn die Verhandlungen tatsächlich fortgesetzt werden, so geschieht das lediglich, weil niemand die Verantwortung für das Scheitern übernehmen möchte. Es gilt als richtig, daß die nächste Woche die Entscheidung bringt. Veränderungen persönlicher Art, von denen gestern im Reichstag die Rede war, kommen kaum noch in Betracht. Es handelt sich nur darum, ob man die Auflösung des Reichstages schon in der nächsten Woche vornimmt, oder ob sie vertagt wird. Für die letztere Möglichkeit treten sehr viele Parteien ein, mit Rücksicht darauf, daß zum 1. April in den meisten Industriezweigen die Tarifverträge gekündigt werden und wir dann im Zeichen der Lohnkämpfe stehen.

Der Ausschuss für das Liquidationsschädengesetz soll wieder zusammentreten

M. Berlin, 11. Febr. (Priv.-Tel.) Die Demokraten haben beantragt, daß der 22. Ausschuss, der das Liquidationsschädengesetz behandelt und der seit Wochen nicht mehr zusammgetreten ist, sofort einberufen wird. Der sozialdemokratische Vorsitzende dieses Ausschusses hat in einem Brief an Reichsfinanzminister Dr. Brücker die Forderung der Demokraten weitergegeben und an ihn die Frage gerichtet, weshalb die Besprechungen nicht fortgesetzt werden und die geeignete Grundlage für diese Verhandlungen bisher nicht gefunden worden ist.

Eine Änderung des Reichspressgesetzes

M. Berlin, 11. Febr. (Priv.-Tel.) Im Hinblick auf die augenblicklichen Verhandlungen vor einem Berliner Gericht über die sogenannte Steglitzer Schülertragedie hat die Deutschnationale Reichstagsfraktion einen Antrag auf Änderung des Reichspressgesetzes eingebracht. Das Gesetz soll durch Einfügung eines neuen Paragraphen 17a dahin geändert werden, daß Dinge intimer Art in den Presseberichten nicht zur Sprache kommen, da diese geeignet sind, auf die Erziehung der Jugend verhängnisvoll einzuwirken.

Zwei wichtige Unterredungen Briands

M. Berlin, 11. Febr. (Priv.-Tel.) Gestern hatte Briand zwei bemerkenswerte Unterredungen mit dem polnischen und dem russischen Völkerverbände. In der Besprechung wurde der litauische Konflikt erörtert, da nach Auffassung Frankreichs Litauen nicht den guten Willen zeigt, den Konflikt gemäß den Wünschen des Völkerverbundes beizulegen. Mit dem russischen Völkerverband wurde über die Wiederaufnahme der Verhandlungen gesprochen und dabei auch der vorgeschlagene Nichtangriffspakt erörtert, an dem sich auch Polen beteiligen soll.

Goldsendung aus Russland

M. Berlin, 11. Febr. (Priv.-Tel.) In den nächsten Tagen trifft in Hamburg der erste Goldtransport aus Russland in Höhe von 50 Millionen Dollars für Rechnung zweier amerikanischer Banken ein. Es handelt sich dabei jedoch nicht um die Verzinsung der Prozentigen russischen Eisenbahnanleihe.

Das amerikanische Flottenbauprogramm

M. Berlin, 11. Febr. (Priv.-Tel.) Der Marinenausschuss hat dem amerikanischen Repräsentantenhaus ein neues Flottenbauprogramm, das über 4 Milliarden Dollar erfordert, übergeben.

Der Brief des Reichspräsidenten und seine Wirkung

Der schon gestern von uns erwähnte Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichskanzler Dr. Brücker hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die Nachrichten über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichskanzler, zu bitten, nichts unversucht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrise und ihre politischen Folgen zu vermeiden.“

Der Reichstag hat zur Zeit dringende und bedeutende Aufgaben zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und dem Liquidationsschädengesetz sind die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Hilfsmittelmaßnahmen zu beschließen, und es hat auch die Strafrechtsreform ihrer Verabschiedung. Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schädigung vaterländischer Interessen und des ganzen deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unlösliche Regierungskrise und eine Auflösung des Reichstages notwendig würde. Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien, diese meine Befürwortung mitzuteilen, und appelliere an alle beteiligten Herren und Fraktionen, dahin zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parlamentarischen Aufgaben gelöst, und etwaige unlösliche Differenzen in der Schulfrage bis nach Erledigung dieser Arbeiten vertagt werden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Wertschätzung bin ich Ihr sehr ergebener gez. v. Hindenburg.“

Der Brief des Reichspräsidenten und seine Auswirkungen auf die parlamentarische Lage bildeten im Reichstage naturgemäß den Hauptgegenstand aller Erörterungen. Der Brief wird allgemein als ein wichtiger staatspolitischer Akt gewertet, der aus dem hohen Verantwortungsbewußtsein und der immer wieder zutage tretenden Einstellung des Reichspräsidenten auf eine möglichst ruhige und sachliche aufbauende Entwicklung entspringt. Was nun die Verhandlungen über das Schulgesetz selbst anlangt, so geht die Beurteilung im Reichstage allerdings in ziemlich pessimistischer Richtung. Man begegnet sowohl im Zentrum als auch in der Volkspartei starken Zweifeln an der Möglichkeit, doch noch eine Einigung herbeizuführen, etwa auf Grund der Neubestimmungen neuer Formulierungen. Diese Formulierungen zum Paragraphen 20, die übrigens ziemlich umfangreich sind, dürften u. a. ungefähr auf dem Gebiete des bereits bekannt gewordenen Vorschlages liegen, daß die Einrichtungen privater Konfessionsschulen mit staatlicher Hilfe gefördert würde. Von deutschnationaler Seite wird betont, daß man zunächst die Montagverhandlungen des interfraktionellen Ausschusses abwarten müsse, um zu sehen, ob die namentlich vom Zentrum deutlich zum Ausdruck gebrachte Skepsis über den weiteren Gang der Verhandlungen berechtigt ist. Sollten die Verhandlungen negativ verlaufen, so werden die Parteien sich voraussichtlich mit der weiteren durch den Brief des Reichspräsidenten angeregten Frage beschäftigen, ob die Koalitionsparteien nicht trotz des Scheiterns der Schulverhandlungen erst die großen Aufgaben der Erledigung usw. erfüllen und so bei Neuwahlen gewissermaßen reinen Tisch hinterlassen können. Im Augenblick wird die parlamentarische Lage jedenfalls allgemein dahin beurteilt, daß die Krise zunächst bis zur nächsten Woche vertagt ist, und daß sich dann zeigen muß, in welcher Form die Regierungsparteien sich über ihre möglichst sachliche Durchführung einigen können.

Zu der durch den Brief des Reichspräsidenten geschaffenen Lage schreibt die „N. N. Z.“, der parteiamtliche Pressebericht der Deutschen Volkspartei, daß sich die Deutsche Volkspartei selbstverständlich zur Fortführung der Verhandlungen über ein Gesetz bereit finde, das von der Regierungskoalition eingebracht sei, auch wenn die sachlichen Aussichten für ein Zustandekommen des Gesetzes zweifelhaft seien. Jedemfalls mache die Bereitschaft der Regierungsparteien, die Verhandlungen fortzuführen, zunächst dem verfrühten Streit über die Frage, wer für das eventuelle Scheitern des Gesetzes verantwortlich zu machen sei, ein Ende. Von der Tagung des Reichsschulausschusses der Deutschen Volkspartei erwartet der parteiamtliche Pressebericht der Deutschen Volkspartei keinerlei Überraschungen, da sich die Beschlüsse des Ausschusses zweifellos in den Richtlinien bewegen werden, die der Zentralvorstand der Partei auf seiner letzten Tagung in Braunschweig aufgestellt hat.

Sturmstößen im rumänischen Parlament. Nach einer Meldung aus Bukarest kam es in der Kammer wegen persönlicher Fragen zwischen Mitgliedern der Opposition und der Regierungsmehrheit zu stürmischen Auftritten. Der Angriff der Abgeordneten der nationalen Bauernpartei richtete sich insbesondere gegen den Minister Lupu, wobei sich ein heftiges Wortgefecht entwickelte. Verschiedene Abgeordnete mußten, nachdem sie zur Ordnung gerufen worden waren, gemahregelt werden. Der Abgeordnete Balda wurde auf 30 Tage, drei weitere Abgeordnete auf 5 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Die Debatte über die Strafmaßnahmen entfaltete neue heftige Auseinandersetzungen infolge der Rede des Abg. Popovici den Minister Lupu herausforderte. Der Minister wies energig auf eine Herausforderung von Seiten anzunehmen, die er verachtete.

Mit der Beilage: 14. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Die demokratische Landtagsfraktion gegen Dr. Bagille

Im württembergischen Landtag ließ die deutsch-demokratische Landtagsfraktion durch den Abg. Scheef folgende Erklärung abgeben: „Der Staatspräsident Dr. Bagille hat Mitgliedern unserer Fraktion auf deren rein sachlichen Darlegungen hier im Landtage mehrfach in öffentlicher Rede in persönlicher herabwürdigender und verlebender Form geantwortet, so dem Herrn Abg. Dr. Mauthe und Dr. Schall. In der Sitzung vom 8. d. Mts. endlich fügte Herr Staatspräsident Dr. Bagille unserem Mitglied, Herrn Staatspräsidenten a. D. Dr. v. Hieber, eine schwere persönliche Verunglimpfung zu. Wir protestieren gegen diese Art der Behandlung von Landtagsmitgliedern durch ein Mitglied der Regierung auf schärfste und weisen sie mit Entrüstung zurück. Wir sind genötigt, auch außerhalb des Landtages, aus diesen Vorgängen die gebotenen Konsequenzen zu ziehen.“

Deutsche Mitarbeit für Frankreichs Kolonien

Der zur Zeit in Berlin anwesende französische Senator Lemmer und Direktor Weber der Ausbeutungskompanie von Kamerun haben laut „Börsenkurier“ nach Deutschland ein Projekt gebracht, das sich um die Zusammenarbeit der französischen und deutschen Industrie in den französischen Kolonialgebieten bemüht. Der Vorschlag habe die Billigung des Quai d'Orsay. Die beiden Herren werden in Berlin, wo sie bei Wirtschaftsführern und prominenten politischen Führern lebhaftem Interesse für ihre Absichten begegnet seien, um eine Beteiligung der in Betracht kommenden Industrie- und technischen Kreise. Webers Vorschläge zogen auch die Mitarbeit als Sachverständigen auf Reparationskonto in Betracht. Die beiden Herren wollen das Ergebnis ihrer Fühlungsnahme den interessierten Kreisen in Paris unterbreiten und nach ungefähr 3 Wochen wieder nach Berlin mit konkretem Plan zurückkehren.

Stürmische Demonstrationen gegen Sir Alfred Mond in Bagdad

Beim Eintreffen von Sir Alfred Mond und seiner Gemahlin kam es zu stürmischen Demonstrationen der Einwohner, die es nötig machten, daß Sir Alfred Mond mit seiner Begleitung einen Umweg durch die Wüste nehmen mußte, um nach Bagdad zu gelangen. Anscheinend hatte man den Demonstranten die ungefähre 10 000 Personen zählten, gefügt, der Besuch Sir Alfred Mond's diene dem Zweck, im Irak zionistische Prinzipien nach dem Muster der Verwaltung von Palästina einzuführen. Eine Meile von der Stadt entfernt wählten Mond und seine Begleitung die Automobile und es gelang ihnen, unbemerkt zum Wohnsitz des britischen Konsulats zu gelangen. Die Demonstranten durchzogen die Straßen mit dem Rufe „Nieder mit dem Zionismus!“ Schließlich schritt die Polizei ein und zerstreute die Menge.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß im Lichttechnischen Institut

Am Freitag nachmittag folgten eine Anzahl Mitglieder des Haushaltsausschusses des Badischen Landtags der Einladung des Gründers und Leiters des Licht-technischen Instituts an der Technischen Hochschule, des Prof. Dr. Reichmüller, um einer Besichtigung dieser bis jetzt wenig bekannten, aber sehr bedeutungsvollen Einrichtung anzuwohnen. Prof. Dr. Reichmüller gab einleitend eine kurze Erklärung, wie das Institut entstanden sei, dankte der Regierung und dem Landtag und führte dann den Abgeordneten in experimenteller Weise die Ziele und Zwecke des Instituts vor. Man hatte den Eindruck, daß hier ein Gebiet beschränkt wird, auf dem noch vieles zu erforschen ist. Es war staunenswert, zu sehen, wie durch die Art der Beleuchtung und Beleuchtung sich Gegenstände und Dinge in verschiedenen Formen zeigen. Die Entwicklung ist auf dem besten Wege, immer bessere und vollendetere Beleuchtungskörper zu schaffen. Mit Recht bemerkte Prof. Dr. Reichmüller, daß auch die Lichtkammer für Geschäfte und Läden hier noch vieles lernen könne. Gegenwärtig widmet der Vortragende dem Kapitel: „Das Licht in der Architektur“ seine besondere Aufmerksamkeit.

Staatsrat Dr. Marum dankte im Namen des Ausschusses für die aufklärende Führung und die gebotenen Erklärungen. Die Abgeordneten seien dankbar, daß man sie mit dem vertraut gemacht hat, was im Licht-technischen Institut schon bisher geleistet worden sei und sicher noch geleistet werde, Nebenfalls könnten interessierte Kreise daraus viel Anregung schöpfen.

Freigabe von Unterricht an Fastnacht

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat die Direktoren und Leiter der ihm unterstellten Schulen ermächtigt, sofern die örtlichen Verhältnisse es erfordern, am Nachmittag des Fastnachtdienstag den Unterricht ausfallen zu lassen. Für den Unterrichtsbereich kann der Unterrichtsbeginn gemäß den kirchlichen Bedürfnissen auf 10 Uhr festgesetzt werden.

Friedrich Ludwig Zahn-Feier

Am 11. August 1928 sind 150 Jahre seit der Geburt des „Lunabaters“ Friedrich Ludwig Zahn verfloßen. Aus Anlaß dieses Geburtstages werden, nach einer Anordnung des Unterrichtsministers, die diesjährigen Turn-, Spiel- und Sportfeste der Schulen als Zahn-Geburtsfeier abgehalten werden. Es soll dabei auf die Verdienste Zahns um unser deutsches Volkstum in würdiger Weise hingewiesen werden.

Der Niefenbetrug im Lombardhaus Bergmann — eine ernste Mahnung für Sparer

Die neuen Erhebungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß die Zahl der durch die Niefenbetrügereien der Firma „Allgemeines Lombard- und Lagerhaus Paul Bergmann“ in Berlin Geschädigten weit über 2000 beträgt. Darunter befinden sich leider auch viele kleine Geldgeber, nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Teilen des Reiches, die sich durch die hohen Zinsversprechen (46—48 Proz.) verleiten ließen, dem genannten Unternehmen ihre Sparreserven zur Verfügung zu stellen, obwohl sie sich doch eigentlich fragen mußten, daß sie damit ein großes Risiko eingehen. Wie sich jetzt schon überblenden läßt, ist es zweifelhaft, ob es überhaupt zur Eröffnung des Konkursverfahrens kommt, da den Ansprüchen nur eine geringe Masse gegenübersteht. Die „Sicherheiten“ hatten ja zumeist aus Verpfändungen schon zu wiederholten Malen verpfändeter Objekte sowie aus gefälschten Pfandscheinen bestanden. Hätten die betroffenen Personen ihre Ersparnisse bei einer öffentlichen Sparkasse angelegt, hätten sie derartige Überraschungen nicht zu fürchten brauchen und trotzdem eine angemessene Verzinsung erhalten. Der Fall ist daher eine eindringliche Warnung vor der Beteiligung an derartigen zweifelhaften Geldgeschäften und ein treffender Beweis dafür, daß solche „sicheren“ und „gewinnbringenden“ Kapitalanlagen zum Verlust des Geldes führen müssen, auch wenn die Ansätze, wie im vorliegenden Falle, noch so alibi lauten.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahl in Waldbühlbach. Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl erhielt keiner der Kandidaten die geforderte Mehrheit, so daß zwischen den zwei ersten Kandidaten Köhler und Walter Stichwahl stattfand.

Der Bürgerausschuß von Ostlach i. R. genehmigte in seiner Mittwochssitzung u. a. den Anlauf des Eichelwaldes von der F. F. Ständeherrschaft in Donauessingen zum Preise von 200 000 M. Und zwar beträgt der Kaufpreis für das bereits gefällte und noch zu fällende Holz 175 000 M., derjenige für Grund und Boden (48 Hektar, 64 Ar, 90 Quadratmeter) nebst Anpflanzungen 25 000 M. Das Holz- und Brennholz soll sofort verwendet werden, um nicht das ganze Kaufkapital von 200 000 M. aufnehmen zu müssen.

Kreisratsitzung Billingen. In der letzten Kreisratsitzung Billingen wurde neuerdings die schon einmal gescheiterte Errichtung eines Mütterheims im Kreisgebiet für notwendig erklärt. Mit den für die Errichtung in Frage kommenden Stellen soll in Verhandlungen eingetreten werden; der Kreis will sich finanziell beteiligen. Außerdem erstattete der Kreisvorsitzende, Oberbürgermeister Behmann, Billingen, Bericht über die in Koblitz mit den Kreisen Konstanz und Waldshut wie den Vertretern von Luttligen, Sigmaringen und Tettnang geführten Verhandlungen über die Neuregelung des Wandererfürsorgewesens. Die Zahl der Naturalverpflegungstationen soll in allen Kreisen wesentlich vermindert werden, so daß die Stationen etwa 25 Kilometer voneinander entfernt liegen. Die Unterhaltungskosten sollen dann ganz auf die Kreise übernommen werden. Im Kreisgebiet Billingen sollen voraussichtlich nur noch die Stationen Trüben, Billingen, Geisingen und Döggingen bestehen bleiben. Die endgültige Regelung soll nach Verhandlungen mit den Nachbarkreisen Offenburg, Freiburg und dem Kreisvorort getroffen werden.

Aus der Landeshauptstadt

80. Geburtstag. Am 12. Febr. begeht Geh. Oberbaurat Dr. Engeler seinen 80. Geburtstag. Er erhielt 1885 einen Ruf als ordentlicher Professor der Ingenieurwissenschaft an die Technische Hochschule Karlsruhe. Wegen leidender Gesundheit trat er im Oktober 1915 in den Ruhestand. Oberbaurat Engeler gehört zu den hervorragenden Statikern der ganzen Welt.

Der Karneval in Karlsruhe. Der Karlsruher Presse- und Bühnenball „Tinte und Schminke“ hat einen ganz glänzenden Verlauf genommen und seinen der Tausenden von Besuchern entzückt, die zum Teil von sehr weit her nach Karlsruhe gekommen waren. Neben den vielen gut angelegten Bällen der angesehenen Karlsruher Vereine verpricht der städtische Masken- und Fremdenball am 18. Februar ein weiteres hervorragendes Ereignis zu werden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der neue Sturmwind ist über der Nordsee angelangt. Eine Störungsfrent auf seiner Vorderseite zog heute nacht unter Gewittererscheinungen bei sturmartigen Winden über uns hinweg (Maximale Windböhe in der Rheinebene bei über 100 Kilometer pro Stunde). Im Gebirge ist bei leichtem Frost etwas Neuschnee gefallen. Unsere Witterung bleibt weiterhin zähsal und daher unbeständig. Voraussage für den 12. Febr.: Unbeständig und kurze Aufheizungen, nach Durchzug weiterer Regenfrenten und anhaltend mild bei frischer westlicher Luftzufuhr, im Gebirge Temperaturen wenig unter Null.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 10. Febr. Die Mannheimer Angestelltenorganisationen, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Zentralverband der Angestellten, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Deutsche Werkmeisterverband haben am 14. Januar den Tarifvertrag für die Angestellten der Industrie und des Großhandels zum 31. März 1928 gekündigt. Ein Verhandlungstermin mit den Arbeitgebern konnte bisher noch nicht vereinbart werden.

Bad. Einbach (bei Mosbach), 10. Febr. Wenige Gemeinden werden so viele Auswanderer nach Amerika zu verzeichnen haben wie Einbach. Von der Witwe Wecker sind allein sieben Kinder über den Ozean gewandert. Am letzten Sonntag ist nun wieder ein Bürgersohn, der Bruder des Bürgermeisters Schäfer, Oskar Schäfer, nach Amerika ausgewandert.

Bad. Bruchsal, 11. Febr. Der Direktor der hiesigen Gewerbebahn, Karl Obermüller, ist gestern nach langem Leiden im 58. Lebensjahre gestorben. Er war 22 Jahre lang Direktor der Gewerbebahn und hat sich hier um den Gewerbestand sehr verdient gemacht. — Gestern starb auch hier die älteste Einwohnerin der Stadt, die Witwe Klevenz, im Alter von 92 Jahren.

Bad. Müggendorf (bei Rastatt), 10. Febr. Von der Autostraße, die von Somburg nach Basel erbaut werden soll, ist ein Teil, der durch die hiesige Gemarkung führt, in Angriff genommen. Zur Zeit wird dieser Teil, der die großen Bogen der Kuppenheimer Straße bei dem hiesigen Friedhof abschneidet, gelüftet, so daß er bis Mai fertig wird und befahren werden kann. Der Teil, der zur Umgehung des Dorfes über das sumpfige Wiesengelände führt und die Neumalcher Straße mit der Kuppenheimer Straße verbindet, ist schon abgesteckt, wird aber im nächsten Herbst in Angriff genommen.

Bad. Offenburg, 10. Febr. Die Gauobertour des Badischen Turnkreises sowie die Jagdwarte und ihre Stellvertreter treten am 3. und 4. März zu einer Reihe gemeinsamer Sitzungen und gesonderter Fachberatungen zusammen, die neben den Vorbereitungen zum Deutschen Turnfest in Köln und der Jahresarbeit 1928/29 Fragen des Abzugsbetriebes und der Lehrgangsarbeit behandeln.

Bad. Triberg, 11. Febr. Der Badische Philologenverein wird im laufenden Jahre seine Hauptversammlung in den Schwarzwald verlegen. Als Platz für die auf vier Tage berechnete Tagung ist Triberg gewählt worden. Die Tagung findet in der zweiten Hälfte der Pfingstwoche statt und umfaßt drei Verhandlungstage, Donnerstag, 31. Mai, Freitag, 1. und Samstag, 2. Juni. Es ist mit einer Teilnahme von gegen 200 Akademikern, eventuell auch mehr zu rechnen. Die Organisation und Durchführung der Tagung ist dem Gau Schwarzwald des Badischen Philologenvereins übertragen worden.

Bad. Breisach, 11. Febr. Im vorigen Jahre hat der Kohlentransport auf dem Oberrhein von Mannheim bis Basel eine Rekordhöhe erreicht. Freilich war der regenreiche Sommer für Flußschiffahrt auch ausnehmend günstig. Vom April bis Ende Oktober passierten Breisach ungefähr 400 Rheinaufwärts kommende Dampfer mit je zwei Schleppern, worin 1500 Tonnenn Kohlen geladen waren. Die Eisenbahn hat in der Schiffsahrt eine fühlbare Konkurrenz, zumal die Schiffsfrachten billiger als die der Bahnen sind. Wenn der niedrige Wasserstand im Herbst zur Einstellung der Kohlentransporte auf dem Rhein zwingt, kommt das in der fast automatischen Vermehrung der Kohlenzüge nach dem Oberland und der Schweiz zum Ausdruck.

Bad. Billingen, 10. Febr. Unerwartet verschied gestern am einem Schlaganfall im Alter von 40 Jahren der welt über den Bezirk hinaus bekannte Tierarzt Dr. Wehinger. Der Verstorbene war namentlich auch als vorzüglicher Musiker bekannt und spielte im gesellschaftlichen Leben Billingens all solcher eine hervorragende Rolle.

Bad. Säckingen, 10. Febr. Der Fridolinmarkt, der in den letzten Jahren nicht abgehalten worden war, lebt wieder auf. Er soll in diesem Jahre wie früher stattfinden.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Febr.		10. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.70	169.04	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.43	112.19	112.41
Mailen . . . 100 L.	22.195	22.235	22.185	22.225
London . . . 1 Pf.	20.426	20.466	20.422	20.462
New York . . . 1 D.	4.1905	4.1985	4.190	4.198
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.60	80.76	80.58	80.74
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	58.985	59.105
Brag . . . 100 Kr.	12.418	12.438	12.417	12.437

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 7. Februar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7455 Pence.

Bezirksparasse Gernsbach. Nach dem in Angelegenheit zur Veröffentlichung gelangende Geschäftsbericht der Bezirksparasse Gernsbach weist als erfreuliches Ergebnis eine recht zufriedenstellende Aufwärtsentwicklung des Institutes nach. Der Gesamtumsatz stieg von 60 Millionen Reichsmark im Jahre 1926 auf 79 Millionen Reichsmark im abgelaufenen Jahre, und die Einlagen vermehrten sich von 2,2 Millionen Reichsmark auf nunmehr 3,2 Millionen Reichsmark bei 5000 Sparern. Damit wurde die vom ganzen Bezirk in Anspruch genommene rührige Kasse in die Lage versetzt, alle an sie herangetretenen Kredit- und Hypothekengesuche restlos zu befriedigen und insbesondere die lebhafteste Bautätigkeit durch Hingabe von Hypothekengeldern zu fördern. Auch im neuen Jahre hat die Sparstätigkeit sehr befriedigend eingesetzt.

Verschiedenes

Unwettermeldungen

In der zweiten Morgenstunde gingen in der Pfalz verschiedene Gewitter nieder. Gegen 2.15 Uhr nachts traten auch in der Gegend von Karlsruhe schwere Gewitter auf, begleitet von orkanartigem Sturm und starken Regengüssen. Schadensmeldungen liegen bisher nicht vor. Aber Offen und Umgebung ging ein äußerst heftiges Gewitter nieder, das von ungewöhnlich heftigem Regen und Hagelschauer begleitet war. Der Sturm erreichte zeitweise orkanartige Stärke.

Am Donnerstag nachmittag wurde in Mexiko ein mehrere Minuten dauerndes Erdbeben verspürt. Ein gewaltiger Sturm in Australien richtete großen Schaden an.

An der Ostküste hat der seit Mittwoch wütende Orkan bisher alle Maßnahmen zur Bergung des bei Scholpin gestrandeten Dampfers „Maria Theresia“ vereitelt. Die Befahrung des Schiffes ist außer Gefahr und befindet sich wohl auf.

Nach einer Meldung des „Journal“ aus Madrid herrscht in der Provinz Zamora eine ungewöhnlich scharfe Kälte und außerordentlich harter Schneefall. Von Hunger getrieben, bringen ganze Scharen von Wölfen in die Dörfer vor. Die Hirten veranstalten Jagden zur Bekämpfung der Wölfe.

Ein außerordentlich harter Sturm herrscht in Großbritannien und Irland. In vielen Bezirken ist der Wind orkanartig, in Südwestirland hatte er eine Stundengeschwindigkeit von 83 Meilen. In übrigen Teil des Landes hatte er eine solche von 60 bis 80 Meilen. Kurze, aber schwere Gewitter und sehr starke Hagelschauer werden aus vielen Teilen des Landes gemeldet. In einigen nördlichen Bezirken sind starke Schneefälle eingetreten. Infolge des Einsturzes von Dächern und Mauern wurden in London mehrere Erwachsene und Kinder verletzt.

Aus Norwegen laufen andauernd Mitteilungen über Verletzungen und Verluste an Menschenleben als Folge der Schneelawinen und Überschwemmungen ein. Ein Haus in Radheim im Bezirk Sogn wurde in einer Schneelawine begraben, wobei 5 Personen ums Leben kamen. In den betroffenen Distrikten wurden mehrere Häuser von Lawinen zerstört oder umgerissen. Es ist schwer, die Zahl der ums Leben gekommenen oder den Umfang des angerichteten Schadens festzustellen. Bis jetzt nennt man 20 bis 30 Tote.

Kohlenvergüstungen in einer Parteiverammlung

Aus Dresden wird gemeldet: In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Goethegarten wurden gestern abend mehrere Teilnehmer infolge Kohlenoxydvergiftung ohnmächtig. Aus einem erst angezeigten Ofen drang, als die ersten Besucher den Saal betraten, Rauch hervor. Als der Nebel des Abends, Landtagsabgeordneter Kreisfischer, etwa ¼ Stunden gesprochen hatte, mußten zwei Damen den Saal verlassen. Richtig fiel der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Seelmann, der neben dem Nebel sah, ohnmächtig vom Stuhl. Darauf wurden noch mehrere Damen und Herren ohnmächtig, die hinausgeführt und zum Teil von der herbeigerufenen Feuerwehr nach ihren Wohnungen gebracht wurden. Bei einem Herrn mußte der Sauerstoffapparat in Tätigkeit treten. Lebensgefahr scheint bei keinem der Betroffenen zu bestehen.

Lombardskandal und kein Ende. Der Zusammenbruch des Berliner Lombardhauses Max Schleinwinkl und der ihm angegliederten Waren-Lombard- und Lagerpfeiderei G. m. b. H. in der Spandauerstraße, birgt alle Zeichen einer großen Skandalaffäre in sich. Festgestellt ist, daß betrügerische Mandate aller Art vorgekommen sind. Die Passiven dürften etwa 1 Million M betragen, der Wert der Aktien steht noch dahin. Schleinwinkl, der vor dem Kriege einer der angesehensten Berliner Kaufleute gewesen war und als gerichtlicher Sachverständiger fungierte, ist offenbar schon seit längerer Zeit in schwere Bedrängnis geraten. Wie er behauptet, sind die Unregelmäßigkeiten darauf zurückzuführen, daß ihm selbst Zwangsrenten in unerhörter Höhe abgenommen worden seien. Wie sich herausgestellt hat, sind in dem Lombardhaus in der letzten Zeit schwere Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Einzelne verpfändete Dinge wurden den Darlehensgebern als nicht verpfändet vorgezeigt, ferner Pfänder als Sicherheit angeboten, die in Wahrheit gar keine Pfänder waren. Die Kriminalpolizei hat die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben.

Explosionstatastrophe in Massachussets. Infolge einer Explosion von Destillierapparaten bei der Beacon Oil Company wurden mindestens 10 Personen verletzt und etwa 30 ver-

Badisches Landestheater

In der Städtischen Festhalle
Montag, den 13. Februar 1928
Th.-Gem. 1. S.-Gr., 701-800 und 1201-1400

7. Sinfoniekonzert
des Badischen Landestheater-Orchesters

Leitung: Josef Krips
Solist: Walter Braunfels

Sansou-Oratorium

Solisten: Marie Fanz, Magda Straß, Wilhelm Mentwig, Franz Schuster
Mittwirkende Chöre: Vokalverein, Singchor des Badischen Landestheaters und Hilfschor des Badischen Landestheaters

Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
Saal I. Abteilung 4 Mk
Vorankündigung:
Montag, 5. März, im Landestheater 8. Sinfoniekonzert
Leitung: Josef Krips Solist: Walter Braunfels

Von militärischer Befreiung vom Jahre 1927
bleibt am Lager 5000 Dg.

Leintücher

ohne Naht, feinfädige, Schneeweisse, leinene,
garantiert ja Ware, fehlerlos, welche ich für
Erzeugungspreis ausverlaufe.

160x250 cm groß 1 Stück 8,- RM
150x250 cm groß 1 Stück 7,50 RM
Kleinste Abnahme 1/2 Dg. versendet franco
bezahlt, per Nachnahme

Leinenweberei S. MARŠEK, Prag XII, Londyaska 57
(Berich. Reinwand, Tisch- und Handtücher usw.
am Lager) S.17

Öffentliche Erinnerung.

I. Es sind zu entrichten:
a) auf 15. Februar 1928 die Einkommensteuer-
vorauszahlung für 1927/28 durch die Landwirte in
Höhe eines Viertels der zuletzt festgesetzten
Einkommensteuerschuld, nebst 10 v. H. Landes-
Kirchensteuerzuschlag.
b) auf 15. Februar 1928 die erste Vermögen-
steuervorauszahlung für 1928 (ein Viertel der
im letzten Steuerbescheid festgesetzten Schuld).

II. Nicht rechtzeitig bezahlte Abgabebeträge werden
im Postnahmeverfahren erhoben oder bei-
getrieben.
Man zahle bargeldlos und vergesse nie seine Steuer-
nummer anzugeben. R.507
Karlsruhe, den 9. Februar 1928.
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-
Land, Durlach und Ettlingen.

Stellenausschreibung.

Beim Städtischen Vermessungsamt Baden-
Baden ist möglichst sofort die Stelle eines
Geometers

mit abgeschlossener Vorbildung zu besetzen.
Die Anstellung erfolgt in Gruppe X der Städtischen
Besoldungsordnung zunächst im Angestelltenverhältnis
mit Aussicht auf spätere planmäßige Anstellung.
Bewerbungen mit Angabe des beanspruchten Bezü-
gungsdienstalters werden innerhalb zehn Tagen
erbeten. S.153
Oberbürgermeister Baden-Baden.

Rassenschranf

2,50 hoch zu kaufen gesucht. S.154
Gemeinde Schriesheim
bei Heidelberg.

Rittergüter

und kleinere Güter
mit besten und mittleren
Bodenklassen haben wir auf-
trag, sehr preiswert zu ver-
kaufen. Selbstläufer mit
nachw. Anzahlg. wollen sich
direkt an uns wenden.
Getreidegeschäft Fark &
Alexander, Frankfurt
a. d. Oder, Abt. Vermittlung.

Leichenwagen

besonders als Spezialität
Lorch Fahrzeugwerke
G. m. b. H. S. 931
Lorch Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorräthig,
günstige Zahlungsbedingungen.
Angebote und Bilder kostenlos.
Geräucher sehr gut erhaltener
Sänftenwagen auf Gummi-
rollen sehr preiswert abzugeben.

R.501. Karlsruhe. Über-
den Nachlaß des Kauf-
manns Karl Wiegand in
Karlsruhe, Kapellenstr. 64,
wurde heute vormittag
11 Uhr Konkurs eröffnet.
Konkursverwalter ist
Rechtsanwalt Schinzinger
hier. Konkursforderungen
sind bis zum 24. März
1928 beim Gerichte anzu-
melden. Termin zur Wahl
eines Verwalters, eines

Gläubigerausschusses, zur
Entscheidung über die in
§ 182 der Konkursordnung
bezeichneten Gegenstände
ist am: Dienstag, den 27.
März 1928, nachmittags
4 Uhr, und zur Prüfung
der angemeldeten Forder-
ungen am: Dienstag,
den 3. April 1928, vormit-
tags 8 1/2 Uhr, vor dem
Amtsgericht hier, 1. Stad-
zimmer Nr. 34. Wer Ge-
genstände der Konkurs-
masse besitzt oder zur Masse
etwas schuldet, darf nichts
mehr an den Nachlaß-
schuldner leisten. Der Be-
sitz der Sache und ein An-
spruch auf abgeforderte
Befriedigung daraus ist
dem Konkursverwalter bis
10. März 1928 anzuzeigen.
Karlsruhe, 8. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht A 9.

Verwalter, eines
Rechtsanw. Schinzinger
hier. Konkursforderungen
sind bis zum 24. März
1928 beim Gerichte anzu-
melden. Termin zur Wahl
eines Verwalters, eines

Erstklassigen
Straßenschotter
Gleisschotter
Betonschotter
Betonsplitt
Stücksteine • Grus • Sand
Liefert
PORPHYRWERK DOSSENHEIM
Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
Dossenheim a. d. Bergstraße
(eigentlich Staatliches Porphywerk.)



Bezirks-Sparkasse Gernsbach
Unter Bürgerschaft von 19 Murgtalgemeinden
(Öffentliche Kreditanstalt)

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Kassenbestand	14 086,11	1. Kleine Spareinlagen	2 570 985,21
2. Guthaben bei Reichs- bank, Girozentrale und Postsparkasse	137 079,49	2. Giro- und Kontokorrent- einlagen	752 002,93
3. Wertpapiere	92 500,—	3. Anleihen (Reichs- zwischenkredit für den Mittelstand)	100 000,—
4. Wechsel	14 633,89	4. Aufwertungsparcein- lagen	1 000 977,70
5. Darlehen a. Hypotheken	1 760 340,—	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private und Gemeinden	857 120,14	a) gesetzl. Reservefonds	102 474,45
7. Darlehen auf Schul- scheine gegen Bürg- schaften	464 762,31	b) Sonderumlage	32 996,25
8. Darlehen an Gemeinden und öffentliche Körper- schaften	397 405,32	c) Aufwertungsparcein- lagen	75 000,—
9. Einnahmerückstände	14 278,20	d) Aufwertungsparcein- lagen	156 351,06
10. Verwaltungsgeld	1,—	6. Reingewinn vom Jahre 1927	44 479,61
11. Gerätschaften	1,—		
12. Stückzinsen	15 731,87		
13. Aufwertungsforde- rungen	851 263,21		
14. Aufwertungs-Rück- stände	4 054,87		
15. Von den Verbandsge- meinden zu zahlender Fehlbetrag zur Aufwer- tungsmasse (15% Auf- wertung)	212 004,80		
Summa	4 835 267,21	Summa	4 835 267,21

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3 322 988,14 RM Einlagen = 166 149,40 RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1927 = 179 950,31 RM
somit mehr = 13 800,91 RM

Gernsbach, den 3. Februar 1928.
Bezirks-Sparkasse Gernsbach.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Casimir Kay-Krafft, Fabrikant.
Die Verwaltung: Cantner, Direktor. Müller, Kassier.

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
G. 768 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Aufgebot.
R.505. Säckingen. Die
Darmstädter und National-
bank, Kommanditgesell-
schaft auf Aktien, Berlin
W 8, Behrenstr. 69/70,
vertreten durch die Rechts-
anwälte Dr. Ernst und Dr.
Fritz Oppenheimer in Ber-
lin W 10, Regentenstraße,
hat beantragt, einen am
20. 3. 1928 fällig werden-
den Wechsel über 967,50
Reichsmark, ausgestellt von

Jul. Bodenheimer in Dur-
bach am 20. 12. 1927, ge-
zogen auf Albert Brigger
in Waldshut a. Rh., und
akzeptiert von diesem, zahl-
bar gestellt bei der Reichs-
bank Säckingen, indossiert
an die Darmstädter- und
Nationalbank, R. a. Akt.
in Berlin, für kraftlos zu
erklären, da der Wechsel
in Verlust geraten sei.
Der Inhaber des Wech-
sels wird aufgefordert,

spätestens in dem auf
Dienstag, den 25. Sep-
tember 1928, vorm. 11 Uhr,
bestimmten Aufgebots-
termin seine Ansprüche und
Rechte bei dem unterzeich-
neten Gerichte Zimmer 21
anzumelden und die Ur-
kunde vorzulegen, widri-
genfalls die kraftlos-erklä-
rung des genannten Wech-
sels erfolgen wird.
Säckingen, 8. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht I.

Drud. G. Braun, Karlsruhe

Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde Reichen-
heim versteigert am Montag,
den 13. Februar 1928, vor-
mittags 10 Uhr, im Hieb-
schlag im Mittelwald 39 Fichten bis
zu 2,22 m. messend, und am
gleichen Tage nachmittags
2 Uhr anfangend im Hieb-
schlag im Rheinwald:

- 17 Kappeln bis zu 1,09 fm messend
- 11 Azien bis zu 0,29 fm messend
- 17 Ulmen bis zu 0,81 fm messend
- 7 Weiden bis zu 0,61 fm messend
- 4 Eichen bis zu 0,71 fm messend
- 24 Eichen bis zu 0,65 fm messend
- 1 Fichte bis zu 0,43 fm messend
- 3 Birken bis zu 0,49 fm messend

Forstwart Babin fertigt auf Verlangen Listenauszüge für die Hölzer im Mittelwald und Forstwart Sentenbrenner für die Hölzer im Rheinwald. S.142
Reichenheim, 7. Febr. 1928
Gemeinderat:
gez. Fischer, Bürgermitr.

Nutzholz-Versteigerungen

Das Forstamt Graben in Bruchsal versteigert je-
weils um 9 1/2 Uhr vormit-
tags im Gasthaus zum
„Wolf“ in Bruchsal:

- 1. am Donnerstag, den 23. Febr. 1928, aus dem Staatswaldbezirk II „Kammerforst“ Abt. 1, 2, 5, 7, 11-15, 17 (Forster Geneta, Reuthard), Abt. 10, 25, 27-29, 32, 33 (Forstwart Schneider, Reuthard) und IV „Köpfe“ Abt. 9 (Forstwart Roth, Dieboldsheim) folgende Forst-Abzweigungen und Stämme: 282 fm I. M.; 200 fm II. M. und 303 fm III. bis IV. M.
- 2. am Freitag, den 24. Febr. 1928 aus dem Staatswaldbezirk I „Mühlenergerhard“ Abt. 3-10, 12 bis 14, 21 (Forster Mohr, Bruchsal, Schloßraum 29), II „Kammerforst“ Abt. 4, 7, 12-18 (Forster Geneta, Reuthard), Abt. 10, 20-22, 28, 31, 33 (Forstwart Schneider, Reuthard) III „Apothekersgrund“ Abt. 2 bis 4a, IV „Köpfe“ Abt. 7, 9, V „Mühlenergerhard“ Abt. 6-9 (Forstwart Roth, Dieboldsheim) folgendes Laubholz-
Stammholz: 87 fm Rotbu. I.-V., 25 fm Hb. III. bis V., 327 fm Gt. I.-V., 55 fm Gsch. II.-VI., 52 fm Gt. III.-V., 80 fm kanad. Pap. I.-V., 80 fm Kyrant-, Silber- und Schwarzpappeln II.-IV., 17 fm Li. III.-V., 4 fm Wei. II.-IV., 4 fm Bi. III.-V., 4 fm III. III. bis V., 2 fm M. III.-VI.; ferner 79 Eter Gt., Gsch., Hb.- u. Li., Kyr., Scheit- und Rundlinge.

Losauszüge durch das Forstamt. R.508

Gengenbach.

R.491
Güterrechtsregister Bd. I
S. 420: Schreiber, Wil-
helm, Gast- und Landwirt
in Unterharmerbach, und
Anna geb. Halter. Durch
Vertrag vom 24. November
1926 ist Gütertrennung
nach § 1426 ff. BGB. ver-
einbart. Gengenbach, 6. 2.
1928. Bad. Amtsgericht.
Der Urkundsbeamte der
Geschäftsstelle.

Säckingen.

R.485
In das Güterrechtsregis-
ter Band I Seite 202 wur-
de heute eingetragen: Josef
Eduard Diechle, Feilen-
meister in Todtnau, und
dessen Ehefrau Veria geb.
Glaisner ebenda, haben
durch Ehevertrag vom 25.
Januar 1928 das bisherige
Güterrecht der Erben-
schaftsgemeinschaft des H.
G. B. aufgehoben. Auf An-
trag der Beteiligten wurde
der bestehende Eintrag im
Güterrechtsregister gelöscht.
Säckingen, den 3. Febr. 1928
Bad. Amtsgericht.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich 8 Uhr,
Sonntags 4 u. 8 Uhr
Gastspiel
Sylvester Schäffer
der König der Artisten
sowie
das übrige große
Variete-Programm

Leser Bücher

Wissen gibt Macht!

Badisches Landestheater

Sonntag, 12. Februar 1928
R. 17

Margarethe

von Gounod
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Kaufm. Rentwig
Rephistophelos Schuster
Valentin v. Arnim Weltner
v. Stadttheater
Margarethe v. Stettin a. G.
Marthe Seiberlich
Siebel Weiner
Brandner Blank
Gröbinger

Tänze einstudiert von
Edith Dielefeld
Anfang 18 1/2, Ende geg. 22
I. Rang und I. Sperrfz
8 Mk.

Die Journalisten

von Freitag
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Berg Schulze
Iba Quatier
Edelheid Willer
Senden Dahlen
Prof. Abendorf Gierl
Conrad Holz Meble
Bellmaus Müller
Kämpfe Leitgeb
Köhner Graf
Wuchdrucker-Henning Brüter
Müller Osholt
Munenberg Gemmede
Sämod Brand
Lotte Gertz
Berta Genter
Kleinmichel Silber
Fritz Schmidt-Weiler
Justizrat v. d. Trend
Königerin Ernath
Korb Güder
Karl Kubne
Kellner Reinath
Gast Meßner

Anfang 18 1/2, Ende nach 21
I. Rang und I. Sperrfz
5 Mk.

Im Stadt. Konzerthaus

Sonntag, 12. Februar 1928
Der Hexer
von Edgar Wallace
In Szene gesetzt von
Eugen Schulz-Weiden

b. d. Trend
Schulze
Güder
Meble
Dahlen
Brand
Willer
Vertam
Leitgeb
Gemmede
Graf
Meßner
Brüter
Opmar
Gertz

Anfang 19 1/2, Ende 22
I. Parlett 4,20 Mk.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich 8 Uhr,
Sonntags 4 u. 8 Uhr
Gastspiel
Sylvester Schäffer
der König der Artisten
sowie
das übrige große
Variete-Programm

Leser Bücher

Wissen gibt Macht!